

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 6500.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

Wirtschaftliche Rundschau.

Während zahlreiche Unternehmungen ihre Abschlüsse für das Geschäftsjahr 1912/13 bekanntgeben, veröffentlicht das Kaiserlich Statistische Amt die Statistik über die Ergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1911/12. Es war dies ein Jahr aufsteigender Konjunktur, was sich auch aus den Zahlen der Statistik über die Höhe der Gewinne erkennen läßt. Von den am 30. Juni 1912 in Deutschland tätigen 5369 Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit einem Kapital im Nennbetrage von 16,67 Milliarden Mark umfaßt die Statistik 4712 reine Erwerbsgesellschaften mit einem Aktienkapital von 14,88 Milliarden Mark. Von diesen Gesellschaften entfielen auf:

	Zahl der Gesellschaften überhaupt					Dividende in Prozent				
	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12
Bergbau, Güttenbetrieb, Met.- u. Masch. indust. miteinander verbund. Metallverarbeitung . . .	37	37	38	36	36	9,53	7,79	8,98	9,98	10,91
Industr. der Maschinen, Instrum. u. Apparate	507	514	518	534	555	8,74	8,32	8,52	8,70	8,86

Bei diesen Gewerbegruppen war die Durchschnittsdividende der gesamten dividenzberechtigten Aktiengesellschaften, die sich auf 8,39 Prozent stellt. Die Gruppierung der Aktiengesellschaften der genannten Gewerbegruppen nach größeren Branchen ergibt folgendes Bild:

	Zahl der Gesellschaften	Eingezeichnetes Aktienkapital in 1000 M.	Gewinne in 1000 M.
Güttenbetrieb, auch Frisch- u. Streckw. Bergbau, Güttenbetrieb, Metall- und Maschinenindust. miteinander verbund. Metallverarbeitung	61	351042	99829
Darunter: Edle Metalle	5	9750	2245
Uedle Metalle (außer Eisen)	39	64025	13923
Eisen und Stahl	119	249103	42817
Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	555	1920519	392861
Darunter: Maschinen- und Apparatebau	355	804823	192685
Schiffbau	19	68860	15576
Zeitmeß- u. Musikinstr., Feinmech.	35	52524	9902
Elektrotechnische Industrie	45	237392	45101
Elektrizitätserzeugung	89	705536	120054

Nach der Hauptübersicht der Geschäftsergebnisse betrug die

	Zahl der Gesellschaften mit Reingewinn	Summe der Reingewinne in 1000 M.	Zahl der Gesellschaften mit Verlust	Summe der Verluste in 1000 M.	Dividende in Prozent
Güttenbetrieb, auch Frisch- und Streckwerke	53	61737	6	2508	11,49
Bergbau, Güttenber., Metall- und Maschinenindustrie miteinander verbunden	32	163783	3	7289	10,91
Metallverarbeitung	136	39841	27	6070	8,46
Darunter: Edle Metalle	5	1479	—	—	8,73
Uedle Metalle (außer Eisen)	31	9634	8	1514	9,08
Eisen und Stahl	99	28382	19	4556	8,28
Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	465	245264	87	24005	8,86
Darunter: Maschinen- u. Apparatebau	293	112384	61	18582	9,25
Schiffbau	17	5256	2	863	5,49
Zeitmeß- u. Musikinstr., Feinmechanik	29	8122	6	612	9,56
Elektrotechnische Industrie	40	25620	5	1522	7,49
Elektrizitätserzeugung	76	85776	10	1893	9,13

Daß der volle Umfang der Gewinne von Aktiengesellschaften in der Dividende nicht zum Ausdruck kommt, ist zur Genüge bekannt. Oft ist hier auch der Nachweis geführt worden, daß bei der steigenden Rentabilität die Zurückhaltung von Gewinnen in einem außerordentlichen Maße zugenommen hat. Der Bearbeiter der Statistik, Regierungsrat Dr. Moll, bemerkt in Uebereinstimmung damit, die Zunahme der absoluten und verhältnismäßigen Höhe der Reserven müsse als ein günstiges Zeichen für die Fortentwicklung und innere Kräftigung der deutschen Aktiengesellschaften angesehen werden. Für 1907/08 betragen die echten Reserven, das sind die offenen Reserven nach Abzug der Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds, 20,80 Prozent des Aktienkapitals, für 1911/12 ist der Anteil auf 23,62 Prozent gestiegen. Nach ganz andere Zahlen würden sich ergeben, wenn die außer den Reserven vorgenannten Rückstellungen statistisch zu erfassen wären.

Von der Hochkonjunktur haben die allermeisten Aktiengesellschaften im Jahre 1912/13 noch weit mehr profitiert, als im Jahre 1911/12, für das die amtliche Statistik vorliegt. Dabei haben die rentabelsten Werke gerade für diese Periode, wie wir erst in der letzten Rundschau an der Hand der Abschlüsse verschiedener Großbetriebe der Montanindustrie zeigten, den überwiegenden Teil der Mehrgewinne angehäuft. Der naheliegende Wirtschaftskrise zu Erhöhungen der Reserven über das sonst schon übliche hohe Maß hinaus verwendet. Nach dieser Methode verfahren auch die Rheinischen Stahlwerke in Duis-

burg-Weidrich, deren Abschluß bei einem von 44 auf 46 Millionen Mark erhöhten Aktienkapital eine Steigerung des Bruttogewinns von 8,71 Millionen auf 12,21 Millionen Mark ausweist. Die Abschreibungen wurden von 3,4 auf 6,3 Millionen Mark erhöht, die Dividende kommt unverändert mit 10 Prozent zur Verteilung, der Vortrag auf neue Rechnung wird von 632 552 M. auf 1,01 Millionen Mark erhöht. Auch die A.-G. Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverer in Osnabrück, die in der Hauptsache Eisenbahnmateriale fabriziert, verfolgt eine gleiche Dividendenpolitik. Der Betriebsüberschuß stieg um 1,51 Millionen Mark, für die Instandhaltung der Anlagen wurden 586 370 M. gegen 141 685 M. aufgewendet, die Abschreibungen werden mit 2,42 Millionen Mark um 600 000 M. erhöht, dennoch ist der Reingewinn um 313 000 M. höher als im Vorjahre. Nichtsdestoweniger kommt die Dividende nur in Höhe des Vorjahres (5 Prozent auf die Stammaktien und 7 Prozent auf die Vorzugsaktien) zur Verteilung; die hohen Mehrgewinne werden in ihrem vollen Umfang zu Rückstellungen benutzt. Von den großen Montanunternehmen streift das Eisen- und Stahlwerk Bösch zu einer Dividenden-erhöhung von 22 auf 24 Prozent, zugleich nimmt die Gesellschaft ungemein hohe Abschreibungen und Rückstellungen aller Art vor. Der Rohgewinn stieg um fast 3 Millionen auf 13 Millionen Mark, davon werden 3,4 Millionen Mark abgeschrieben und 1,10 Millionen Mark zu außerordentlichen Abschreibungen verwendet, 1,20 Millionen Mark sind zur Beseitigung und Verlegung von Werksanlagen bestimmt. Einschließlich Vortrag stellt sich der Reingewinn auf 8,66 gegen 6,78 Millionen Mark im Vorjahre, indes beansprucht die Dividende von 24 Prozent nur 4,8 Millionen Mark.

Um rund 100 000 Tonnen ist der Versand des Stahlwerksverbandes im Juli gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, doch nicht der gesamte Rückgang ist als Folge der Konjunkturverschlechterung anzusehen. Seit der letzten Verlängerung des Stahlwerksverbandes schließt das Geschäftsjahr am 30. Juni ab, die Verbandswerke haben daher ein erhebliches Interesse daran, im Juni möglichst große Mengen abzulefern, um die Abrechnung noch im alten Geschäftsjahr zu ermöglichen. So war im Juni eine besonders starke Steigerung eingetreten, die bei der Beurteilung der Juliabgaben natürlich zu berücksichtigen ist. Immerhin bleibt der Versandrückgang nicht unerheblich.

Nach Ausbruch der Wirtschaftskrise Ende 1907 trat auch am Diamantenmarkt ein außerordentlich schlechter Geschäftsgang ein. Dieselbe Erscheinung macht sich nun, höher gelend, Spekulationsverluste und allgemeine Verschlechterung der Konjunktur begründen die Neigung zu Käufen für Luxusartikel ein. Verschärft wird die Situation des Diamantenmarktes noch durch die beträchtlich gestiegene und weiter wachsende Diamantenproduktion in Deutsch-Südwestafrica. Es stellen sich nach den Angaben der Diamantenregie die Ergebnisse der Produktion und die finanziellen Erträge dar:

Periode	Produktion im Kalenderjahr 1908 bis 1912	Abgerechnet Verkauf der Regie Karat	Erlös in Millionen Mark	Erlös pro Karat in Mark
1909 bis 1910	483 266	560 977	16,73	29,83
1910 - 1911	846 695	798 866	21,39	26,73
1911 - 1912	773 292	816 206	20,90	26,60
1912 - 1913	1 001 729	902 157	26,49	29,86

Die Zahl der auf 1 Karat gehenden Steine betrug 1912/13 6,09, in den Vorjahren 6,50, 5,75 und 5. Trotz mangelnder Kaufkraft bei erheblichem Ueberangebot gelang es der englischen Diamantengruppe und dem Antwerpener Diamantensyndikat, das die südafrikanischen Diamanten übernahm und kontrolliert, die Preise zu halten. Zur Verhinderung eines wachsenden Ueberangebots ist nun eine Einschränkung der südafrikanischen Diamantenproduktion in Vorschlag gebracht worden; das Kolonialamt könnte ohne weiteres dahingehende Anordnungen erlassen. Um einer derartigen Zwangs-Kontingentierung vorzubeugen, ist eine freiwillige Beschränkung der Produktion empfohlen worden, die Komono-Gesellschaft, die die stärkste Diamantenproduktion aufweist, hat auch eine Herabsetzung ihrer monatlichen Produktion von 60 000 auf 50 000 Karat bereits durchgeführt. Schwieriger ist indes eine Produktionsherabsetzung für die kleineren Gesellschaften, deren Produktionskosten dann stark steigen würden. Von den Gegnern einer weitergehenden Förderungsbeschränkung wird behauptet, daß diese Maßnahme ohne gleichzeitige Einschränkung der südafrikanisch-britischen Produktion nur ein Geschenk an die Engländer wäre. Ein anderer Vorschlag geht dahin, die Förderung selbst unbeschränkt zu lassen, aber eine Kontingentierung der zum Verkauf gelangenden Diamanten durch die Diamantenregie vorzunehmen. Künftlich könnte dann die Abrechnung mit den Förderern nur im Verhältnis zu den abgesetzten Quantitäten erfolgen.

Obwohl die schwierigen Geldmarktverhältnisse für die Durchführung von Kapitalerhöhungen ungeeignet sind, schritt die A.-G. Benz & Cie. zu einer Kapitalerhöhung um 6 auf 22 Millionen Mark. Die Gesellschaft, die einen starken Ausdehnungsdrang betätigt, nahm auch erhebliche Bankkredite in Anspruch, deren Lösung auch die jüngste Kapitalerhöhung gilt. Für 1912/13 erhöhte Benz die Dividende von 10 auf 14 Prozent, der Bruttogewinn stieg von 12,18 auf 17,29 Millionen Mark, nach Abschreibungen von 2,37 Millionen gegen 2 Millionen im Vorjahr verbleibt ein Ueber-schuß von 6,29 Millionen gegen 4,45 Millionen Mark für 1911/12. — Durch die ungünstige Konjunktur, durch Festlegung erheblicher Mittel und andere Störungen in den inneren Verhältnissen des Unternehmens ist die Anhaltische Automobil- und Motorenfabrik in Dessau in Konkurs geraten. Wie bekannt, will die Dieselwerke Maschinenfabrik vormals Dürrkopff & Co. die Anhaltische Firma erwerben.

Sollen die Arbeiter den Sozialismus abschwören?

„Es ist schwer, Mensch zu sein!“ sagt ein altes Sprichwort und wir möchten es dahin ergänzen, daß es noch schwerer ist, Sozialdemokrat zu sein. Natürlich nur in der gegenwärtigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Weil wir mit ihr unzufrieden sind, weil wir ihre Verhältnisse und Einrichtungen wegen ihrer Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit kritisieren, weil wir finden, daß es sich dabei nicht nur um einige Schönheitsfehler einer sonst ganz guten und brauchbaren Gesellschaftsordnung handelt, sondern daß ihre Grundlage und mithin auch ihr ganzer Aufbau fehlerhaft und untauglich ist und daher durch ein besseres Fundament und besseren Aufbau ersetzt werden muß, darum sind wir schlechte Menschen, sind wir der Uebertreibung der honetten bürgerlichen Gesellschaft, die uns dafür mit ihrer ganzen Verachtung bestraft und verfolgt und einzelnen sogar die wirtschaftliche Existenz unmöglich macht, so zum Beispiel „unliebsamen“ Arbeitern durch die vom kapitalistischen Klassenstaat geschickte schwarze Liste, die materielle der im Mittelalter üblichen Achtung gleichkommt.

Unsere Schlechtigkeit ist nicht von der Art, wie sie bei Dieben, Betrügnern, Räubern und Mördern vorhanden ist, sie ist keine kriminelle; sondern eine ideale, eine soziale und politische und als solche sogar noch viel schlimmer als jene. Der Dieb stiehlt nur einem einzelnen oder mehreren einzelnen etwas von ihrem Besitztum; der Sozialdemokrat aber geht aufs Ganze, er will das Privatigentum abschaffen, also die Gesamtheit der bestehenden Klassen zerstören und rattenlos ausplündern. Der Sozialdemokrat will das bekannte Wort des Franzosen Proudhon in sein Gegenteil umkehren und praktisch verwirklichen, nach dem das Eigentum der Besessenen Diebstahl ist; der Sozialdemokrat will seinerseits dieses Eigentum nehmen und zum Besitze der Gesamtheit machen. Dann drehen die ent-eigneten, Besitzer den Spieß um und sagen mit Proudhon zu den Sozialisten: „Eigentum ist Diebstahl.“ Auf mehr oder weniger Raub und Diebstahl beruht die ganze Institution des Privateigentums; tum es, wobei es sich freilich meistens um Aktionen großer Mächte handelt, und so kommt auch ein so großer Teil der bürgerlichen Gesellschaft, wie der frühere sozialistische Universitätsprofessor und spätere österreichische Handelsminister Schäffle sagen: „Man erwirbt nicht Millionen, ohne das Justizhaus mit dem Kessel gestreift zu haben.“

Die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet die Enteignung der bestehenden Minderheit am Monopol der Produktionsmittel durch die beschlossene Mehrheit, im Gegensatz zum Kapitalismus, der die Enteignung, die Proletarisierung der übergroßen Mehrheit des Volkes durch die kleine Minderheit der Besessenen, der reichen Leute ist.

Der Sozialismus ist vorerst nur ein Ziel, ein Programm; aber in den bestehenden Klassen hat er eine Stimmung erzeugt, als ob sie schon unmittelbar vor der Gefahr seiner Verwirklichung ständen und es daher gälte, mit allen Mitteln zu retten, was zu retten ist. Der Sozialismus beherrscht ihr ganzes Denken und Trachten, führt ihre Frechheit, raubt ihnen den Schlaf, und diese unheilvollen Folgen des Gedankens läßt sie mehr gegen den Sozialismus reden, schreiben und handeln, als wir zeitweise für ihn tun.

Viel, sehr viel und alles mögliche haben die Herrschaften schon unternommen, um das ihnen so fürchtbare sozialistische Gespenst zu bannen und aus der Welt zu schaffen. Und nicht erst seit heute, sondern, wenn auch unbewußt, schon seit Jahrhunderten und Jahrtausenden. Sie wandten Zunderbrot und Peitsche an, die letzte allerdings häufiger und ausgiebiger als das erste, um vor dem verdammten roten Gespenst Flüche zu bekommen; sie belagerten es auch nicht bei der Peitsche, sondern nahmen noch die schleichende Nitte und den hauernden Säbel, auch Schafott und Galgen, Zuchthäuser und Sibiren dazu, um mit ihm fertig zu werden. Im Frühling 1871 mordeten die Versailles-Ordnungsbanditen in Paris 40 000 Kommunisten hin und 1878 erschosselte in Deutschland das Bismarcksche Schandgesetz die junge Sozialdemokratie. Welche Selatomben von Freiheitskämpfern, von sozialistischen Kämpfern verfiel der bestialische Zornismus in Rußland!

Dann kam die „Sozialreform“, das Zunderbrot, neben dem die Peitsche von Polizei, Justiz und Unternehmertum noch fleißig und nützlich weitergeschlungen wurde und wird.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist zum Einigungs- und Sammelprogramm der bestehenden Klassen, aller bürgerlichen Parteien geworden; er ist auch, wie sich in der kapitalistischen Gesellschaft alles dazu anstrengt, zu einer Industrie geworden. Bücher und Broschüren gegen die Sozialdemokratie werden gern gekauft und gut bezahlt, und alle, die daran beteiligt sind, verdienen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist das Haupterfordernis für jeden Redakteur einer bürgerlichen Zeitung, und wer da nicht mitmachen will, der flieht, weil man ihn nicht brauchen kann. Verstehen muß der Mann den Sozialismus nicht; es genügt, wenn er eine tüchtige Portion Strupfolligkeit und Frechheit, ein weites Gewissen und die Kenntnis des üblichen bürgerlichen Schimpf- und Verleumdungslexikons gegen die Sozialdemokratie besitzt und davon jeden Tag reichlichen Gebrauch macht.

Wie man eine Liga zu Bekämpfung der Tuberkulose, eine Gesellschaft zur Ausrottung der Keblaus gründet und mit ihr gegen das Uebel kämpft, so gründete man einen Reichsverband, gelbe Arbeiter- und Werbervereine zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Zuchthäuser und Zuchthauslandbaten werden Streikbrecher und besonders geriebene Leute errichten Streikbrecherbureau's, die sich zu dem jüngsten und sehr lohnenden Industrie-erwidelt haben. Die fiktive Bourgeoisie bekämpft den Mädchenhandel, indes unterstützt und fördert sie gleichzeitig den Handel mit Menschenfleisch in jenen Bureaus, um ihren Profit zu sichern. Streikbrechende

Zuchthäuser, Leute, die sonst die Bourgeoisie aus moralischen Keillichtgründen mehrere Meter weit sich vom Leibe halten würde, sind zu den respektabelsten Ehrenmännern avanciert, und wenn es so weitergeht, so wird noch die Hingebildete aus Mariner zum vornehmsten Schmiedekunst im Salon der Reichen als das Ideal ritterlicher und erhabener Männlichkeit in der Welt des Kapitalismus.

Der ehrliche Arbeiter aber, der sich Ehre, Charakter, Menschenwürde und Solidarität mit der übrigen ehrlichen Arbeiterschaft bewahrt, sinkt zum verachteten und reißlichen Subjekt herab, den auf der Straße jeder Polizist und Reichsverbändler ungekriegt beleidigen und mißhandeln darf und der überdies noch verleumderisch denunziert und vom Richter des kapitalistischen Klassenstaates verurteilt wird.

Der Denunziant war einst das verachtete Subjekt in der bürgerlichen Gesellschaft und ein bürgerlicher Dichter, Hoffman n v. Fallersleben; war es, der sein von tiefer Verachtung erfülltes berühmtes Gedicht gegen den Denunzianten schrieb:

Von allem Schlechten, was da ist,
Von allem, was da freucht im Mist;
Das Schlimmste im ganzen Land
Ist und bleibt der Denunziant.

Heute ist die Denunziation — die Denunziation gegen den ehrlichen Arbeiter — zu einer erhabenen, vielgepriesenen und alljährlich fleißig geübten Bürgergattung geworden. Heute denunziert alles, was zum honetten Bürgerstum gehört; heute ist die bürgerliche Presse die Scharfmacherin, die Polizei und Richter gegen die Arbeiterschaft heist, die schärfsten Urteile gegen diese jorder und Richter wegen milderem Urteil an den Pranger stellt. Heute frecht das honette Bürgerstum wie Kesseln nach Ausnahmegesetzen und wenn es solche hat, genügen sie ihm schon wieder nicht mehr und es folgen weitere neue und schärfere Ausnahmegesetze folgen; immer weiter hinauf auf der schiefen Ebene der Reaktion!

Die bürgerliche Gesellschaft ist ein großer Sumpf geworden, in dem alle ihre gesunde Moral untergeht.

Und alles hat noch nicht nach Wunsch geholfen und nach allen großen und erschöpfenden Kraftanstrengungen ist die Rettung der bürgerlichen Gesellschaft vor dem roten Geißel des Sozialismus völlig erfolglos geblieben. Ein letztes Verzwehmungsmittel wendet nun die in Wien erscheinende Zeitschrift Danzers Armeezetung zur Rettung der bedrohten Gesellschaft an. Sie hat zu dem allerdings nicht mehr ungewöhnlichen Mittel eines Preisaussehens mit einem Preis von 1000 Kronen gegriffen für die beste Flugschrift über „Fatum und Schädlichkeit der sozialdemokratischen Lehre“ im Umfang von 3000 bis 4000 Druckzeilen. Für die Abfassung der Flugschrift gibt das Wiener Milliarblatt folgende gute Ratsschläge:

Im Lichte der Geschichte wie der logischen Erkenntnis soll die Schrift die Schädlichkeit der sozialdemokratischen Lehre darlegen und insbesondere den jungen Offizier in den Stand setzen, seine Mannschafft über die Sozialität und Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Schlagworte aufzuklären, und ihn zu befähigen, die vor ihrer Einarbeitung häufig sozialistisch verkehrten Rekruten und Reservisten zum überzeugten Pflichtgefühl gegen Herrscher, Staat und Gesellschaft zurückzuführen.

Die Arbeiten waren bis zum 1. Juli 1913 einzufenden. Auch Adressen konnten sich bewerben. Preisrichter waren Oskar Graf Czernin, Prinz Friedrich Schauenburg-Lippe, Graf Franz Silba-Lovona, sämtlich Mitglieder des österreichischen Herrenhauses, und Frau Rudolfa zu Windischgrätz. Mittels des ungarischen Ragnatzenhauses. Als zum Mittel des Preisaussehens greifen die Sozialisten schon. Wie man einen Preis ausschreibt zur Ergründung eines Raubmörders oder zur Erlangung eines wichtigen Staatspapiers, so sucht man auf dem gleichen Wege auch nach einem unschätzbaren Mittel zur Vernichtung der Sozialdemokratie.

Es ist in der Tat höchst, Sozialdemokrat zu sein!

Progressivlöhne.

(Elementarberechnung mit Prämienzuschlag.)

Die unerfüllte Profingler der Unternehmer führte dazu, daß sie immer wieder die Arbeitskräfte verkürzten. Die unvermeidliche Folge war, daß auch die Arbeiter zu ihrem Schutze Maßregeln ergreifen. Wollten sie nicht ihre Arbeitsleistung ins Unendliche steigern und ihre Arbeitskraft ins Ungemessene auszuweiten lassen, dann mußten sie die Intensität ihrer Arbeit mäßigen und das Tempo ihrer Leistung vermindern. Um den Grad dieser Arbeitsintensität zu messen, benutzte man ein permanentes Stempel, der schließlich in einem solchen am die Arbeitskraft selbst ansetzte. Die Unternehmer Mügelten immer wieder neue Methoden aus, um aus den Arbeitern die größtmöglichen Leistungen herauszupressen. Besonders in Amerika war dies der Fall, wo denn auch die Arbeitsleistung der Arbeiter auf raffinierte Art gesteigert wird. Das amerikanische System hat dann in Deutschland Nachahmung gefunden; man glaubte, die amerikanische Gefahr — das ist die parteikonkurrenz der Vereinigten Staaten — auf dem Rücken der Arbeiterkraft erfolgreich bekämpfen zu können, indem man die in der Industrie Nordamerikas vielfach geübte Differenzierung der Arbeitsleistungen und die Zerlegung in Elemente noch weiter vervollkommnete. Man sah nicht das verhältnismäßig höhere Lohnniveau, sondern nur die größere Arbeitsintensität und Arbeitsleistung des amerikanischen Arbeiters. Daß dies ohne jene nicht denkbar ist, das die Heberleistung der amerikanischen Industrie auf der Geschwindigkeit und dem Grade des besten erhaltenden Arbeiters beruht und nicht auf der Summe, dessen Arbeitskraft intensiver auszuweiten zu können, das wollen die europäischen Nachahmer der amerikanischen Industrie nicht begreifen. Obgleich sie in dem Bestreben nach unbeschränkter Mehrarbeit mit den letzteren erfolgreich wetteifern, vermögen es unsere Unternehmer doch nicht, die Produktivität der Arbeit der amerikanischen gleichzumachen, weil in den Vereinigten Staaten die Produktionskosten im Allgemeinen noch die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft selbst infolge günstiger Verhältnisse niedriger sind. Die Arbeitsleistung ist deshalb mehr vorgezogen, ebenso das System der Arbeitsprämien. Nur die Ergebnisse der amerikanischen Arbeit ist aus verschiedenen Ursachen, die in dem alten Europa fehlen, größer. Daß daneben auch die Entlohnungsmethoden ausgereicht hätten, soll nicht geleugnet werden. Im Gegenteil, ein nicht geringer Teil des Erfolges der amerikanischen Industrie, die durch eine raffiniert organisierte Organisation des Betriebes die Arbeitsleistungen bis ins Letzte gesteigert hat, damit ein relatives Stufen der Produktivität bei gewöhnlicher Steigerung der Arbeitsleistung erzielt haben, ist ihnen zuzuschreiben. Diese Methoden verdienen deshalb das Interesse, das ihnen die Unternehmer widmen, auch aus jenen der Arbeiter. Daß ein in der Vereinigten Staaten und in England (1902, Seite 115) veröffentlichten Aufsatz, dem ein von der American Institution of Mechanical Engineers des S. C. Cantill geleiteter Vortrag zugrunde liegt, wurde das neue Prämienystem in den Vereinigten Staaten von der General Electric (Westinghouse) am 1. Mai 1901 eingeführt. Es sollte die Leistungen jenseit der Halterbarkeit als auch der Arbeiter vergrößern. Nach Einführung der neuen Lohnbestimmung wurde sich in der Tat ein vollständiger Umschwung im ganzen Betriebe herbeigeführt, nach wenigen Monaten fehlbar. Im Jahre 1901

hatten sich trotz Tag und Nacht fortgesetzten Betriebes und möglicher Ausnutzung der Maschinenkräfte die aus der Schmelde kommenden Materialkosten demmaßen angehäuft, daß sie nicht mehr bewältigt werden konnten. Da wurde das neue Prämienystem eingeführt. Die Folge war, daß der durchschnittliche Lohn im Monat, dessen Betrag vorher zu 1,0 angelegt, im März März auf 1,25, im April auf 1,53, im Mai auf 1,86, im Juni auf 1,98 und im Juli auf 2,17. Die Waffe der zu Anfang März angehäuften Waren bestand in vorgefertigtem Material, aber schon Ende Juli waren sie so vermehrt, daß es schwierig war, alle Maschinen genügend beschäftigt in Gang zu halten, und da die Schmelze nicht mehr die nötige Stückzahl heranschaffen konnte, sank der Verkauf wieder von seinem Höchststande.

Die neue Lohnbestimmungsmethode vereinigt die in die einzelnen Elemente zerlegte Arbeit mit der Zeit. Die Arbeitsprämien werden dem Arbeiter gewährt auf Grund einer ihm ausgestellten Karte, die die für jedes Werkstück erforderliche Arbeitsmethode bis in die Einzelheiten ausführt und die zu benutzenden Werkzeuge, sowie die ungefähr zu jeder Arbeitsphase erfahrungsgemäß nötige Zeit angibt; die Summe aller dieser Zeiten ergibt dann die für die Fertigstellung des Werkstückes erforderliche Gesamtarbeitszeit. Vollendet nun der Arbeiter nach den auf seiner Karte angegebenen Vorschriften den ihm erteilten Auftrag in dem vorgeschriebenen oder sogar noch kürzeren Zeitraum, so erhält er außer seinem festen Tagelohn noch eine besondere Vergütung, die bei Zeitüberschreitung natürlich wegfällt. Da der Zeitraum für jede Art Bearbeitung im einzelnen auf seiner Karte vorgeschrieben ist, kann der Arbeiter zu jeder Zeit ersehen, ob er einen Zuschlag an Lohn erhält oder nicht. Findet er nun, daß es für die ihm aufgetragene Arbeit unmöglich ist, sie in der ihm vorgeschriebenen Zeit zu vollenden, so hat er dies sofort seinem Meister zu melden. Steht sich da bei genauer Erwägung heraus, daß der Mann im Recht ist, so wird ihm sofort eine neue Karte mit den erforderlichen Veränderungen ausgestellt. Auf die Arbeiter ist es natürlich von großem moralischen Einfluß, wenn Prüflinger in der Ausstellung der Karten möglichst wenig vorkommen. Der in der Karte angegebene Zeitraum gilt immer nur für einen bestimmten Grad, und da eine „vernünftige“ Zeitbegrenzung dafür ausprobiert wurde, so wird der Arbeiter, wenn er die ihm vorgeschriebene Zeit nicht einhält, durch den Verlust des Zuschlages bestraft, indem angenommen wird, daß er seine Zeit verzettelt.

1. Karte.

Bearbeitungsart	Maschinenantrag	Auftragsnummer					
Drehbank	376	17344					
Maschine Nr. 140	Werkzeug M E H	Stahlorte 12					
Schmelze Nr. 16653 C/4							
Name des Arbeiters: William Jones							
Name des Meisters: Thomas							
Anleitung zur Bearbeitung	Werkzeug	Schnitttiefe	Vorschub	Umschwindigkeit	Angegebene Zeit	Gebrauchte Zeit	Bohr
1. Einspannen	P V M	5 mm	—	2 B F	2,5	—	—
2. Abfeilen	P V M	5 mm	—	2 B F	4,0	—	—
3. Zur Hälfte drehen	P R L	5 mm	3	2 B F	12,0	—	—
4. Enden wecheln	—	—	—	—	12,0	—	—
5. Zur Hälfte drehen	P R L	5 mm	3	2 B F	12,0	—	—
6. Abfeilen	P V M	—	—	2 B F	4,0	—	—
7. Ablegen	—	—	—	—	2,5	—	—
bis 25	—	—	—	—	42,0	—	—
Karte Nr. 4927	Mappe Nr. —	Zeichnung Nr. 2627/A C	Monat 6	Tag 1	Jahr 1901	Unterschrift: Buchley	

Wenn die Maschine das nicht leisten kann, was oben angegeben ist, so ist der Kartenaussteller sofort zu verständigen.

Die Karten werden durch einen erfahrenen Mann mit Zustimmung genauer Pläne ausgeschrieben und bieten sachverständigere Vorschriften, als von einem gewöhnlichen Arbeiter zu erwarten wären. Um solche Vorschriften zu erhalten, bedarf es einer Zerlegung des ganzen Arbeitsvorganges in einzelne Phasen, eines besonderen Studiums der letzteren und einer Theorie für die Zusammenstellung der einzelnen Einzelergebnisse. Auch im Metall- und Stahlwerk hat das viel Zeit und Mühe gekostet, denn es ist ja nicht nur notwendig, die verschiedenen Bearbeitungsarten zu kennen, sondern auch die dazu erforderliche Zeit. Vermöge dieser Berechnungstabelle ließ sich auch die wirtschaftlich günstigste, das heißt für den Unternehmer vorzuziehende Schnittgeschwindigkeit und Stärke feststellen, die sich für einen Stahl von bestimmter Härte und Beschaffenheit am besten eignet.

Soll ein vorgefertigtes Werkstück weiter bearbeitet werden, so geht dessen Zeichnung zunächst an einen erfahrenen Mechaniker, der den Arbeitsweg dafür angibt und über die Reihenfolge entscheidet, in der die verschiedenen Bearbeitungen, wie Drehen, Hobeln, Fräsen, Bohren u. s. w. nacheinander auszuführen sind. In Betracht, wo vielerlei Arbeit zu erledigen ist, kann man zwar kein großes Gewicht auf die Einhaltung der Reihenfolge legen, weil, abgesehen von dem Vorteil, daß das Bureau jederzeit über den Fortgang der Bearbeitung des Werkstückes unterrichtet ist, die Erprobung durch händliche Nachprüfung der Maschinen erheblich sein kann; doch ist eine bestimmte Vorschrift eben bei Kartenausstellung nötig. Soll das Werkstück zuerst abgedreht werden, so wird es derjenigen Drehbank überwiesen, die sich am besten dafür eignet; in der ausgefertigten Karte sind aber nicht nur alle Dreharbeiten enthalten, sondern auch die dazu erforderlichen Anweisungen gegeben, so für das Einlegen und Wiederherstellen des Werkstückes, für dessen Ablegen, für die Nachprüfung u. s. w., ferner Vorschriften über die Art des zu benutzenden Werkzeugs (Drehspindel, Schnitttiefe, Schnittgeschwindigkeit und anderes mehr), endlich gibt eine Rubrik die Zeiten an, die für jede Art Arbeit vorgegeben sind.

2. Karte.

Bearbeitungsart	Maschinenantrag	Auftragsnummer					
Drehbank	580	17068					
Maschine Nr. 76	Werkzeug M E H	Stahlorte 16					
Schmelze Nr. 22834 B F 2							
Name des Arbeiters: —							
Name des Meisters: —							
Anleitung zur Bearbeitung	Werkzeug	Schnitttiefe	Vorschub	Umschwindigkeit	Angegebene Zeit	Gebrauchte Zeit	Bohr
1. 10 Minuten z. Reinschleifen	—	—	—	—	—	—	—
2. 30 Minuten z. Einspannen	—	—	—	—	0,4	—	—
3. 30 Minuten z. Drehen	P R L	9 mm	E	3 A F	30,0	—	—
4. Ende wecheln	—	—	—	—	3 A F	17,0	—
5. Ende wecheln	P V M	—	—	—	0,5	—	—
6. Ende wecheln	P V M	—	—	—	3 A F	17,0	—
7. 30 Minuten z. Drehen	P R L	9 mm	E	3 A F	30,0	—	—
8. Ablegen	—	—	—	—	0,3	—	—
10. bis 23	—	—	—	—	1,5	1,50	—
(daher Zuschlag einbezogen)							
Karte Nr. 5413	Mappe Nr. FCAC	Zeichnung Nr. 22834/A C	Monat 9	Tag 18	Jahr 1901	Unterschrift: Buchley	

Wenn die Maschine das nicht leisten kann, was oben angegeben ist, so ist der Kartenaussteller sofort zu verständigen.

Je nach der Größe der Arbeit sind auch die Karten mehr oder weniger lang und inhaltreicher; zum besseren Verständnis seien hier einige Beispiele abgedruckt, von denen die erste die Anleitungen für die Bearbeitung einer Kolbenstange enthält. Die Größe des Werkstückes ist mit 12 bezeichnet; es soll ein aus M E-Stahl hergestelltes Werkzeug benötigt werden. Die Schlussbemerkung ist auf den Karten rot gedruckt. In die Karten sind zur Bequemlichkeit oft (hier weggeklappt) Skizzen des Werkstückes vor und nach der Bearbeitung eingezeichnet, in denen die inneren Linien das Bild des fertigen und die Außenlinien dasjenige des vorgefertigten Stückes zeigen. Zu der nach der zweiten Karte in 1 Stunde 50 Minuten verrichteten Arbeit waren früher auf einer anderen Drehbank 5 1/2 Stunden, zu derjenigen der dritten Karte 5 1/2 Stunden und zur Arbeit der vierten Karte 1 Stunde 6 Minuten gebraucht worden.

3. Karte.

Bearbeitungsart	Maschinenantrag	Auftragsnummer					
Drehbank	400	16887					
Maschine Nr. 59	Werkzeug M E H	Stahlorte 14					
Schmelze Nr. 22706 B 1 F 1							
Name des Arbeiters: —							
Name des Meisters: —							
Anleitung zur Bearbeitung	Werkzeug	Schnitttiefe	Vorschub	Umschwindigkeit	Angegebene Zeit	Gebrauchte Zeit	Bohr
1. 20 Min. zum Maschinenändern nur beim ersten Stück	—	—	—	—	—	—	—
2. Einspannen z. Drehen der Pleißen	—	—	—	—	—	—	—
3. Abdrehen der Seiten	P R L	3 mm	E	4 A F	1,40	—	—
4. Einspannen d. Zapfens	—	—	—	—	0,10	—	—
5. Abdrehen d. Zapfens auf 103	P S R	—	0,005	5 A F	2,10	—	—
6. Abdrehen der Seiten mit Doppelspindel	—	2 mm	—	4 A F	1,40	—	—
7. Fertigdrehen d. Seiten mit Doppelspindel	—	1 mm	H	4 A F	—,50	—	—
8. Fertigdrehen d. Zapfens u. der Abrundung	—	—	F	2 A F	2,00	—	—
9. Blattfeilen	—	—	—	—	1,10	—	—
10. Blättern	—	—	—	2 B F	—,40	—	—
11. Nachmal nacharb.	—	—	—	—	—,15	—	—
12. Ablegen	—	—	—	—	—,05	—	—
						10,52	10,50
Karte Nr. 4817	Mappe Nr. F M C B	Zeichnung Nr. 26194/A A	Monat 7	Tag 17	Jahr 1901	Unterschrift: Buchley	

Wenn die Maschine das nicht leisten kann, was oben angegeben ist, so ist der Kartenaussteller sofort zu verständigen.

Durch solche korrekt ausgestellte Karten kann man infolge der angegebenen Zeiten für verschiedene Bearbeitungsarten wie auch für Handarbeit selbst jeden geschulten, das heißt ungelerten Arbeiter leicht anleiten. Diese Anleitung ist selbstverständlich notwendig, weil die meisten Arbeiter als Handlanger anfangen. Hat jedoch die Betriebsleitung erst einmal einen intelligenten Mann, der langsam den Kopf für die anderen mit hat, genügendes Verständnis beigebracht, ausfindig gemacht, so erhält der Fabrikant schon nach kurzer Zeit dermaßen günstige Resultate, daß er ganz entzückt ist. Die Arbeiter lernen da in wenigen Monaten mehr als vordem in Jahren, wo sie ganz sich selbst überlassen waren.

4. Karte.

Bearbeitungsart	Maschinenantrag	Auftragsnummer					
Drehbank	520	17351					
Maschine Nr. 160	Werkzeug M E H	Stahlorte 15					
Schmelze Nr. 18253 B 1 F 1							
Name des Arbeiters: —							
Name des Meisters: —							
Anleitung zur Bearbeitung	Werkzeug	Schnitttiefe	Vorschub	Umschwindigkeit	Angegebene Zeit	Gebrauchte Zeit	Bohr
1. 5 Minuten Zeit zur Maschinenänderung	—	—	—	—	—	—	—
2. Das Futter einspannen, 22 mm bis 30 mm	—	—	—	—	2,5	—	—
3. Abdrehen d. 30 mm	P R L	6,5 mm	1	2 B F	11	—	—
4. Abdrehen des Endes	P V M	—	—	2 B F	5	—	—
5. Umkehren der Enden	—	—	—	—	4	—	—
6. Abdrehen des Endes	P V M	—	—	2 B F	5	—	—
7. Abdrehen auf 98 mm	P R L	6,5 mm	1	2 B F	2	—	—
8. — 92 —	P R L	0,5 mm	1	2 B F	3	—	—
9. Ablegen des Stückes	—	—	—	—	2,5	—	—
						(mit Zuschlag)	35
						34	—
Karte Nr. 5368	Mappe Nr. —	Zeichnung Nr. 6258	Monat 9	Tag 12	Jahr 1901	Unterschrift: Buchley	

Wenn die Maschine das nicht leisten kann, was oben angegeben ist, so ist der Kartenaussteller sofort zu verständigen.

Die Aussicht auf die Prämien übte begrifflicherweise auf die Arbeiter die erwünschte Wirkung aus. Sie befolgten willig die in den Karten gegebenen Vorschriften und sorgten auch für die Instandhaltung der Werkzeugmaschinen; denn da der Arbeiter, wenn er seine Maschine schlecht beaufsichtigte oder an ihr etwas ruinierte, in Gefahr kam, seine Prämie einzubüßen und sich auf diese Weise selbst zu bestrafen, indem er für die ganze Dauer einer etwa erforderlichen Reparaturen jeder Aussicht auf eine besondere Vergütung seiner Arbeit beraubt war, so ließ er sich keine Nachlässigkeit zuschulden kommen.

Die Erfahrung lehrte, daß sich die Arbeiter die Einhaltung der gegebenen Anweisung schnell angewöhnten. Das Einhalten von Schnitttiefe und Geschwindigkeit war bald erreicht, nur das „Verändern“ von Zeit zwischen den aufeinander folgenden Bearbeitungen ließ sich nicht so einfach abschaffen. Oft zeigten sich auch die Maschinen unbrauchbar und jeder Arbeiter fand immer einen glaubwürdigen Grund dafür, wenn seine Maschine nicht mehr ordentlich lief, trotzdem speziell für ihn geeignete Werkzeuge angefertigt wurden und er nur geschickt zugutgehen brauchte, um seine Arbeit rasch zu erledigen. Aber immer wieder brachten die Arbeiter neue Entschuldigungen vor, um die Arbeit hinausschieben zu können und dadurch die Leistungsfähigkeit der Werkstücke in Gang zu beeinträchtigen. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, wurde einigen Arbeitern, die ihre Pflicht ganz nach Wunsch der Unternehmung erfüllten, eine besondere Zusatzprämie gewährt. Von Beginn dieser Neueinführungen verminderten sich die sonst vergeudeten Zwischenzeiten sofort bedeutend, und es wuchs die Zahl von Arbeitern, die auf diesen Zuschlag Anspruch erheben konnten.

Denn nun auch die Arbeiter die richtige Anweisung erhielten, bekam auch jeder von ihnen, dessen Maschinen gut arbeiteten, eine entsprechende Extraprämie; sie hielten dann ihre Leute an und gingen ihnen, wenn erforderlich, ebenfalls an die Hand. Die Sache wurde in der Tat eingetriedet, daß auch der Meister von jeder Maschine, deren Arbeiter eine Prämie erhielt, eine Vergütung bekam

Wegheim: Diese Erklärungen Schlies' befreiben uns, wir haben ja nichts gegen ihn. Aber man ändere doch das Geschäfts-

Hierzu wird nach längerer Debatte beschlossen, daß das Finanz-

Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag

Zweiter Tag.

Den Vorsitz führt Solau (Belgien). Es kommt zur Verhand-

Der Ausbau der gegenseitigen Beziehungen.

Dazu liegen dem Kongress Vorschläge einer am 11. Juni 1912

Mitglieder, die sich im Ausland aufhalten, sind in die ent-

a) Ein Mitgliedsbuch und andere Dokumente, woraus die

b) Eine vom Internationalen Metallarbeiter-Bund aufgestellte

Die zum Bunde gehörigen Organisationen sind verpflichtet,

1. Die Organisationen haben Auskunft über Arbeitsverhält-

2. Die moralische Unterstützung kann die Form eines Sym-

Materielle Unterstützung kann nur dann verlangt werden, wenn

Die anspruchstellende Organisation hat zuerst ihr Gesuch um

1. Den Betrag der bei Beginn der Arbeitseinstellung vorhandenen

2. Die Zahl der direkt beteiligten Arbeiter.

3. Den wöchentlichen Betrag der gezahlten oder zu zahlenden

4. Den Betrag des von den Mitgliedern gezahlten Wochenbeitrags.

5. Etwaige Erhöhung des Beitrags seit dem Tage des Beginns

6. Auskunft, ob der Kampf mit vollem Wissen und der Zustimmung

Der Landesvertrauensmann soll sofort eine Sitzung seines Be-

Der Sekretär des Internationalen Bundes hat dann eine Sitzung

Alle bewilligten Unterstützungen sollen an den Landesvertrauens-

In diesen Vorschlägen unterbreiten die britischen Delegierten

Der Kongress beschließt die Annahme des von der britischen

Die angebotenen Organisationen haben sich innerhalb sechs

Jeher den obigen Vorschlägen und der Resolution liegen dem

So der Diskussion über Solau zu den Vorschlägen

Es ist verheißt, der Krieg im Frieden zu beenden und den

Protonie (England): Gewiß sind unsere Vorschläge nicht

Cohen (Berlin) begrüßt den Vorschlag der Engländer, der

Fanzen (Holland) begründet den oben erwähnten Antrag.

Beer (Österreich): Es läßt sich nicht verkennen, daß in dieser

Die englischen Vorschläge werden darauf ein-

Nachmittags-Sitzung.

Zur Beratung kommt Punkt 4 der Tagesordnung:

Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der

LeFebvre (Frankreich): Die Aufnahmegefässe sollten immer in

Dem niederösterreichischen Arbeiter (Schweiz), Vorsitzender (Stutt-

Die Franzosen bekämpfen auf ihrem Antrag, der nun gegen etwa

Der Punkt "Internationale Berichtstattung"

Die Wahl des Internationalen Sekretärs

Wegheim (Frankreich) weist darauf hin, daß die aus-

Als nächster Kongressort wird Wien einstimmig ge-

Davis (England) dankt den Deutschen für ihre prächtige Gast-

Schilde (Stuttgart) teilt diesen Dank mit den Berlinern mit

Sehr sympathisch ist auch der Bescheid über den nächsten Kongressort,

Darauf schlägt Reich den Kongress mit dem Wunsch auf ein

Es ist verheißt, der Krieg im Frieden zu beenden und den

Dritter Bauarbeiterkongress.

(Schluß.)

Die von unserm Kollegen Reichel vorgelegte Resolution für

Die im Dienste kapitalträgender Unternehmer des Eisenkonstru-

Deshalb bestehen die für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter

Die Reichsregierung kennt Umfang und Größe des Gefahren-

Auch die Berufsvereinigungen der Eisen- und Stahlindustrie,

als die nach den bestehenden Gesetzen in erster Linie berufenen

In Würdigung dieser Umstände unterstreicht daher der Kongress

Die Berufsvereinigungen im Bauwesen.

Der Redner untersuchte, welchen Einfluß die Berufstätigkeit auf

Die Schädlichkeit für den Arbeiter bei der Ausübung

Besonders gefährlich ist das Schweißen mit Material, das Staub

Die Staubentwicklung ist von hervorragender Bedeutung für

Die soziale Hygiene werden versucht, um dieser

Die Grundgedanken seiner Ausführungen sind in Zeitfragen

Die dritte Bauarbeiterkongress die Einführung des Reglementes

Reich, Staat und Gemeinden sind die größten Arbeitgeber

Der Kongress empfiehlt den baugewerblichen Organisationen,

Als zur Einführung der Reglemente ist eine Neuordnung des

Als solche kommen in Betracht:

1. Den Arbeitern und Angestellten ist das Koalitionsrecht

2. Die Durchführung und Einhaltung der zwischen den Unter-

3. Die bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen aller Art durch-

4. Lehrlinge in unverhältnismäßiger Zahl bei Ausführung der

5. Bei Neueinstellung von Arbeitern die von der Kommune

6. In erster Linie ortsangehörige und ferner inländische Arbeiter

7. Arbeiter und Lieferungen dürfen nicht an Zwischenunter-

8. Der Zuschlag darf demjenigen nicht erteilt werden, der über-

9. Der Unternehmer ist eine Verpflichtung zur angemessenen

Unternehmer, die bei früheren Aufträgen diesen Verbindlich-

die Erfüllung der Bedingungen nicht anerkennen wollen, sind von der Forderung auszuschließen.

Den Unternehmern, die die übernommenen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht erfüllen, ist die übertragene Arbeit oder Lieferung zu entziehen.

Die Behörde hat vor Erteilung des Zuschlages für die Ausführung der Arbeit oder der Herstellung der Lieferung die am Orte oder für den Bezirk vorhandenen Vertreter der Arbeiterverbände darüber zu vernehmen, ob und welche Gewähr der für die Vergebung der Arbeit in Frage kommende Unternehmer bietet, daß die unter 1 bis 10 genannten Bedingungen erfüllt werden.

Diese Forderungen seien Mindestforderungen, besonnte Silber-Schmidt. Die Unternehmer, die sich weigerten, diese Bestimmungen anzuerkennen, sollten bei Vergebung öffentlicher Arbeiten nicht berücksichtigt werden. Die Arbeiter wollten als gleichwertige Bürger des Staates angesehen werden, die einen Rechtsanspruch auf diese Regelung des Arbeitsverhältnisses hätten. Stellen wir hinter diese Forderungen unsere Agitationskraft, die Macht der Organisation, dann wird die Befestigung des Submissionswesens und die mögliche Einführung des Reglementens Fortschritte machen. (A. Haffner Beisatz.)

Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Eine Reihe allgemeiner Anträge wurden der Generalkommission und deren sozialpolitischer Abteilung zur Berücksichtigung überwiesen. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet. Vorsitzender P a e p l o w schloß dann den Kongreß mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und den Bauarbeiter-Schutz.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter auf den Seeschiffswerften.

Hamburg, den 23. August 1913.

Seit dem letzten Bericht hat sich die Situation auf den Werften insofern verschärft, als die Unternehmer ihrem am 16. August gefaßten Beschluß gemäß am 20. August die Arbeitsnachweise wieder geschlossen haben, nachdem dieselben im ganzen 10 bis 15 Prozent der beteiligten Arbeiter eingestellt worden waren. Begründet wird die Maßnahme der Unternehmer damit, daß sich nicht alle zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiterkategorien zur Aufnahme der Arbeit bereit erklärt hätten. Tatsächlich hatten auch die Holzarbeiter in Stettin, Hamburg, Bremen und Bremerhaven beschloffen, nicht durch den Arbeitsnachweis zu gehen und sich diesem Beschluß gemäß ferngehalten. Ein Teil der übrigen Arbeiter, so die Rietter in Stettin, hatten allerdings auch erst solchen Beschluß gefaßt, ihn aber später aufgehoben und wollten sich den Beschloffen der übrigen Metallarbeiter fügen. Dieser Wechsel hatte aber auf die Maßnahme der Unternehmer keinen Einfluß mehr, denn als die Arbeiter über eine etwaige Verfallbürgschaft bezüglich der Einstellung durch den Arbeitsnachweis berieten, erfolgte die Schließung des Arbeitsnachweises, so daß die Beratungen gegenstandslos wurden.

Die Holzarbeiter blieben zunächst noch auf ihrer ablehnenden Haltung bestehen, nur die Stettiner schlossen sich der Auffassung der übrigen Arbeiter an, allerdings auch erst nach Schließung des Arbeitsnachweises. Dagegen hielten die Holzarbeiter der anderen Werfte an ihrer Stellung fest, trotz der gegensätzlichen Stellung des Verbandsvorstandes, der auf einer Konferenz die Parole herausgegeben hatte, daß überall da, wo die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes die Arbeitsaufnahme beschloffen hätten, die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sich dem anschließen sollten.

Ob die von der Tagespresse den Unternehmern in den Mund gelegte Behauptung für die Schließung der Arbeitsnachweise allein genügend für solche Maßnahme war, mag dahingestellt bleiben. Auch diese Begründung schließt die Tatsache nicht aus der Welt, daß in einzelnen Werften der Ansdrang zu den Arbeitsnachweisen ein so enormer war, daß es sehr schwierig, zum Teil sogar unmöglich war, genügend Arbeitskräfte aus den großen Trupps herauszufinden. Diese Art der Arbeitsvermittlung führte zu sehr großen Unzuträglichkeiten, zumal da es nichts seltenes war, daß Leute, die den ganzen Tag vor dem Arbeitsnachweis zugebracht hatten, sich abends oder am Spätnachmittag damit bescheiden mußten, daß für ihre Branche noch keine Nachfrage sei.

Es schloß aber auch nicht an sonstigen Unzuträglichkeiten, wie sie sich bei Massenansammlung von Menschen allenthalben ergeben. Es kam zu Drängelungen, unbescheidensten Körper- und Sachbeschädigungen durch Schieben und Stoßen der Massen vor den Arbeitsnachweisen, und die „richtigen“ Arbeiter, die gerade von den Werften gesucht oder zuerst gebraucht wurden, kamen beim besten Willen nicht an die Reihe. Alles in allem zeigte sich mit aller Deutlichkeit die Unzulänglichkeit der getroffenen Anordnung, die Einstellung durch die nicht zureichenden Arbeitsnachweise vorzunehmen. Auch der zur Aufrechterhaltung der Ordnung zahlreich vertretene Herrschaftsbürokratie mehr als einmal Zweifel darüber aufgeworfen sein, ob wirklich die Straße noch dem allgemeinen Verkehr zu dienen hat.

Steigerte schon diese Art der Arbeitsvermittlung die noch nicht gedämpfte Erregung der Arbeiter, so noch mehr die nimmer erfolgte Schließung und das hier und da geäußerte Verlangen der Werften zur Auflösung von Arbeiterverbänden. Ein Teil der Eingekerkerten wollte wieder aus den Betrieben heraus, ein anderer wollte die Arbeiterzeitung verweigern. Da beides nur zur Verschärfung der Lage beigetragen haben würde, stellten sich die Vorstände auf den Standpunkt, die Mitgliedern zu empfehlen, weder das eine noch das andere zu tun, sondern zunächst ruhig die weiteren Maßnahmen der Unternehmer abzuwarten. Das ist bis zur Stunde geschehen.

Gleichzeitig wurde auch eine aus einigen Bezirksleitungen der beteiligten Verbände zusammengesetzte Kommission beim Unternehmerverband vorstellig und wies die Unmöglichkeit nach, die Arbeiter-einstellungen in der bisherigen Weise vorzunehmen. Das Ergebnis der wiederholten Verhandlungen war, daß der Unternehmerverband sich bereit erklärte, wenn sich die noch sträubenden Berufe zur Aufnahme der Arbeit und Benutzung des Arbeitsnachweises bereit fänden, am Dienstag dem 26. August die Nachweise wieder zu öffnen.

Die Einstellung soll in der Weise geregelt werden, daß künftig der in Betracht kommenden Organisationsleitung die Zahl der benötigten Arbeiter und ihr Beruf mitgeteilt wird und die Organisationsleitung danach ihre Mitglieder zur Meldung veranlassen. Dadurch soll einem massenhaften Andrang vor den Arbeitsnachweisen vorgebeugt und den zunächst benötigten Berufen der Weg zum Nachweis freigemacht werden.

Nachdem der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes seinen Mitgliedern bei Androhung des Unterstützungsentzuges die Wiederaufnahme der Arbeit unter gleichen Bedingungen, wie sie die übrigen Arbeiter anerkennen, zur Pflicht gemacht hat, haben heute die Hamburger Mitglieder mit großer Mehrheit in diesem Sinne beschloffen, so daß nur noch die Holzarbeiter in Bremen und Bremerhaven abseits stehen.

Aus Hamburg wird weiter noch berichtet, daß einige Meister sich in der zweiten Augustwoche nach Kräften bemüht haben, umher den Hand Arbeiter einzustellen. Dies soll namentlich auf der Reichshafenwerft und bei Hanssen & Schminsky geschehen sein. Ferner bereitet der Meister Hähnerich die von Lohn- & Holz das Rheinland, um Maschinenbauer und Rietter anzuwerben. Den Leuten wurde erzählt, sie sollten nach Schleswig-Holstein auf Montage. Als sie sahen, daß sie die Stellen der noch ausgeschriebenen Werftarbeiter einnehmen sollten, haben viele die Arbeit gar nicht erst aufgenommen. Außerdem sind durch den jetzt in Arbeitsnachweis am Pulverturm einige hundert Arbeiter eingepreist worden. Diese Leute müssen für die nächsten Wochen, wenn die Werftarbeiter eintriften, zu arbeiten. Zu alledem kommt auf der Reichshafenwerft und dem Vulkan das Anstehen an die arbeitsnachweis durch den Nachweis eingestellten Werftarbeiter, welche die Arbeiter zu leisten. Bei der Reichshafenwerft soll das

durch die Androhung einer Strafe in der Höhe eines halben Tagelohnes erzwungen werden.

In den Zeitungsnachrichten konnte man wieder einmal ein rechtiges Hin- und Hergeräusche beobachten. Versichert wurde es dadurch, daß die einzelnen Werftarbeiter nicht immer genau aus-einandergehalten wurden, so daß zum Beispiel Nachrichten aus Geestmünde auch gleich auf Bremerhaven ausgedehnt wurden. So wurde am 18. August nach der Weser-Zeitung aus Geestmünde berichtet, daß dort von unserm Verbande der Arbeitsnachweis gesperrt worden sei und bald konnte man lesen, dies sei in Bremerhaven geschehen.

Syndikalistische Worte und Taten.

Von 127 syndikalistischen Werftarbeitern, die erst auf alle Fälle weiterreisen wollten, auch ohne Unterstützung, standen am 21. August schon wieder 53 in Arbeit.

Habt acht auf die Krankenkassentwahlen!

Am 1. Januar 1914 treten die neuen Vorschriften der Reichs-versicherungsordnung über die Krankenkassenversicherung in Kraft. Die Versicherung ist erheblich ausgedehnt worden. Ihr sind neu unterstellt die Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts in der Landwirtschaft, die Dienstboten, die unständigen Beschäftigten, die im Wandergewerbe und die im Hausgewerbe Tätigen. Für Personen, deren Versicherungsbeitrag bisher von einem Einkommen bis zu 2000 M. abhängig war, wird die Versicherungsbeitrag erstreckt bis auf ein Einkommen von 2500 M.

Für die Versicherung sind die Träger, die Krankenkassen, zum Teil auf wesentlich andere Grundlagen gestellt als bisher. Ein großer Teil der bisherigen Krankenkassen geht ein, es verschwindet auch die Gemeindekrankenversicherung. Die Reichsversicherungsordnung kennt nur Ortskranken-, Landkranken-, Betriebskranken- und Innungskrankenkassen.

Bestehende Ortskranken- können zu allgemeinen Ortskranken-kassen ausgebaut oder als besondere Ortskranken-kassen zugelassen werden. Sonst sind allgemeine Ortskranken-kassen neu zu errichten. Das hat noch in diesem Jahre zu geschehen, damit am 1. Januar die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden können. Es wird im wesentlichen auch schon in den einzelnen Bezirken darüber Klarheit bestehen, wie es mit der Organisation der Krankenkassen wird.

Es gilt jedoch in den nächsten Wochen und Monaten, die Wahl für den Ausschuss dieser Krankenkassen und dann für den Vorstand vorzunehmen. In den Landkranken-kassen haben die Versicherten leider keinen Einfluss auf die Zusammenlegung des Ausschusses und Vorstandes. Hier wählt die Behörde die Vertreter. Das trifft namentlich die neu der Versicherung unterstellten Personen, die dort, wo eine Landkranken-kasse errichtet wird, dieser angehören müssen. Wo eine Landkranken-kasse nicht errichtet ist, ist ihre Versicherungspflicht bei den anderen Krankenkassen begründet. Und hier, bei den Ortskranken-kassen, bei den Betriebs- und bei den Innungskrankenkassen, wählen die Mitglieder den Ausschuss.

Für die Ortskranken-kassen hat der Bundesrat Vorschriften erlassen, nach denen auch die neu der Versicherung unterstellten Personen an den Wahlen zum Ausschuss teilnehmen. Der Bundesrat hat bestimmt, daß bei neu errichteten allgemeinen Ortskranken-kassen das zuständige Versicherungsamt Wählerlisten aufstellen und dann die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern hat, sich zur Eintragung in diese Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt. Diese Anordnungen sollen auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenkassenversicherung eingezogenen Mitglieder ausgefallener allgemeiner Ortskranken-kassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder gelten. Es kann jedoch die oberste Verwaltungsbehörde Anordnungen anordnen oder zulassen. Sie kann auch bestimmen, wie weit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerliste eingetragen sind, gleichwohl bei gehörigem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.

Es erwacht nun allen der Krankenkassenversicherung unterliegenden Personen die dringende Pflicht und Aufgabe, sich an diesen, in nächster Zeit stattfindenden Wahlen zu beteiligen und dazu sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

Wahlberechtigt ist jede der Versicherung unterstehende Person, sofern sie über 21 Jahre alt ist. Das Geschlecht spielt keine Rolle.

Es muß namentlich den Frauen dringend ans Herz gelegt werden, ihren ganzen Einfluss bei den Wahlen geltend zu machen. Ob die Kasse eine Schwangerenunterstützung, Hebammendienste für die weiblichen Versicherungspflichtigen und Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen und anderes mehr gewährt, hängt ganz von dem sozialen Verständnis der gewählten Vertreter ab, da es sich bei diesen Leistungen nicht um die den Kassen obliegenden Pflichten handelt.

Ob Mann oder Frau also, ganz gleichgültig, sie alle müssen sich an den Wahlen beteiligen und möglichst dafür sorgen, daß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausschuss entsandt werden. Das ist nicht nur notwendig, um Leute in den Ausschuss zu bekommen, die Verständnis für den weiteren Ausbau der Krankenkassenversicherung haben und die nach Möglichkeit dafür sorgen, daß die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen freiwilligen Leistungen der Krankenkassen auch durchgeführt werden, sondern es ist auch noch aus folgendem notwendig: Die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen wählen späterhin die Beisitzer beim Versicherungsamt, diese wieder wählen die Beisitzer beim Oberversicherungsamt und die letzteren endlich wieder die Beisitzer beim Reichsversicherungsamt beziehungsweise Landesversicherungsamt.

Die Wahlen sind nach den Grundzügen der Verhältniswahl statt. Das muß ein Grund mehr sein für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alles daran zu setzen, Leute ihres Vertrauens in den Ausschuss der Krankenkasse zu bekommen. Sicher werden alle jene, die vorgeben, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit aber noch immer versagt haben, wenn es gilt, ernstlich die Interessen der Versicherten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen wahrzunehmen, sich an den Wahlen beteiligen.

Wer will, daß sozialer Geist in den Krankenkassen und in den repräsentierenden Behörden herrscht, der muß die Wahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen.

Den Gewerkschaftsleitungen aber erwacht die Pflicht, die Wahlen vorzubereiten. Sie haben besonders den der Krankenkassenversicherung vom 1. Januar 1914 an unterstehenden Personen durch örtliche Veröffentlichungen kundzutun, ob und wo sie sich in die Wählerlisten eintragen lassen müssen.

Die vorhin erwähnten Bestimmungen des Bundesrats haben schon Veranlassung zu den verschiedensten Auslegungen gegeben. Es macht sich bei einzelnen Behörden die Meinung geltend, daß sich auch die jetzt schon der Versicherung unterstehenden Personen, also die bisherigen Mitglieder der Krankenkassen, neu in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Andererseits aber auch wieder wird für diese Personen die Wahlberechtigung anerkannt, wenn sie in den Mitgliederlisten ihrer bisherigen Krankenkasse verzeichnet sind. Ja, es wird auch die Meinung vertreten, daß die Mitgliederliste einer ausgefallenen allgemeinen Ortskranken-kasse zum Ausweis der Wahlberechtigung dient, daß aber die Mitglieder von Krankenkassen, die geschlossen werden, sich auch in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Wo diese letzte Auffassung bei den Behörden beliebt, werden man sich sofort an die höhere Verwaltungsbehörde mit dem Ersuchen, eine Änderung entgegen zu lassen. Entweder müssen alle krankenkassenversicherungspflichtigen Personen in die Wählerliste eintragen lassen, oder aber, wo für die bisher schon versicherten Personen die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse für die Wahlberechtigung entscheidend ist, da muß es für alle gelten.

Die kommenden Krankenkassentwahlen dürfen nicht geringer geachtet werden, als irgendeine politische Wahl.

Das ureigenste Interesse jedes einzelnen, der sozialen Fortschritt will, soll ihn veranlassen, für die Kandidatenliste der freien gewerkschaftlichen Arbeiterkassen die Stimme abzugeben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 31. August der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. August bis 6. Sept. 1913 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Neustadt a. d. Orla vom 1. Oktober an 5 3 pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz: Der Nadelrichter Waldemar Götz, geb. am 22. April 1896 zu Erfenschlag, Buch-Nr. 1.770.156; der Nadelrichter Hugo Liebers, geb. am 11. Dezember 1876 zu Leipzig, Buch-Nr. 2.168.839, beide wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Jena: Der Lackierer Herm. Bauer, geb. am 14. Januar 1893 zu Jena, Buch-Nr. 1.999.468, wegen Kartenmanipulationen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Der Schlosser Wilhelm Barnow, geb. am 6. August 1889 zu Gallitz, Buch-Nr. 1.624.729, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:

Der Schlosser Franz Gondziak, geb. am 20. März 1887 zu Lichau, Buch-Nr. 1.688.363, wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Einwarden-Nordenham: Der Schlosser Hr. Zimmermann, geb. am 10. September 1885 zu Essen, Buch-Nr. ?, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weissen:

Der Former Franz Gummerbach, geb. am 20. Januar 1886 zu Olpe, Buch-Nr. 2.074.249, wegen Betrug und Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:

Der Schlosser Rudolf Wimmer, geb. am 4. Januar 1878 zu Schwarzenberg, Buch-Nr. 908.107, wegen Nichtablieferung entliehener Bücher.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wolfenbüttel:

Der Feilenhauer Ernst Henjche, geb. am 26. Juni 1883 zu Magdeburg, Buch-Nr. 2.104.162, wegen Diebstahl. Wo sich derselbe meldet, wolle man sofort die Adresse melden.

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 1.967.731, lautend auf den Metallarbeiter Paul Fieder, geb. am 24. April 1895 zu Grünhain. (Nue i. Ergg.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Poststraße 16a“ zu abriefen. Sendebildungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Poststraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugung ist fernzuhalten:

- von Draht- u. Blockwalzen nach Differdingen (Fa. D.-L. Bergwerks- & Hütten-W. G.) L.;
- von Drahtwebern nach Gutzbrachen (Drahtwerk Rheinania, P. Janssen & Co.);
- von Drahtziehern nach Gelsenkirchen-Schalke (Gutehoffnungshütte, Vbt. Beder & Co.);
- von Feilenhauern u. Feilenkleibern nach Gera (Firma Richard Juff); nach Mülheim a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.;
- von Formern, Siebereitern und Kernmachern nach Berlin-Lichtenberg (Fa. Hugo Hartung, W.-G.) Str.; nach Buzlau, Str.; nach Darmstadt (Gebr. Röder); nach Düsseldorf-Oberkassel (Stahlwerk Krieger, W.-G.) D.; nach Düsseldorf (Firma Siffing) W.; nach Hattungen (Genschel & Sohn, Gerichshütte) D.; nach Kottbus (Fa. G. Knackf. Jnh. D. Vebrecht) D.; nach Mainz (Firma Gasparat- & Gupwerk) L.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügelisenfabrik) Str. u. L.; nach Reutlingen (Firma Chr. Laible); nach Stolp in Pommern; nach Zwickau (Fa. Zwickauer Eisen- und Stahlgießerei, Jnhaber W. Kuntmann) D.;
- von Goldarbeitern, Glühlern, Drückern und Pressern nach Grefeld (Fa. F. K. Daußenberg) L.; nach Hamburg (Firma Wild) D.;
- von Graveuren nach Grefeld (Fa. F. K. Daußenberg) L.; nach Frankenberg i. S. (Fa. Aug. Dippmann & Co.) Str.;
- von Glühlern und verbaute Berufe nach Mainz, L.;
- von Heißungsmotoren nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Zoppot und Neufahrwasser, Str.; nach allen Orten in Rheinland und Westfalen, Str.;
- von Justallateuren nach Bozen (Firma Neumann & Kunge) W.; nach Wiesbaden (Fa. Döflein) W.;
- von Klempnern, Justallateuren und Rohrlegern nach Bremen, L.; nach Breslau, Str.; nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Zoppot und Neufahrwasser, Str.; nach Düsseldorf (für Baulempner) Str.; nach Frankenthal, W.; nach Hauen (Firma Schuster) Str.; nach Stettin, Str.; nach Worms (Fa. Wüßlein Selbst jun.) W.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Warmen (Firma Fröhlich & Klippel, Maschinenfabrik) D.; nach Brandenburg a. H. (Brennaborwerke) L.; nach Darmstadt (Gebr. Röder); nach Düsseldorf (Firmen: Rheinania W.-G., Emailierwerke, Str.; „Rheinland“) Str.; nach Eger (Premierfabrikwerke) Str.; nach Erlangen (Fa. Stauch) Str.; nach Glinde (Mechanische Fabrik von Georg Reigert) L.; nach Frankenberg i. S. (Firma Aug. Dippmann & Co.) Str.; nach Glauchau (Motanwerke) Str.; nach London (Fa. Siemens Brothers) D.; nach Magdeburg (Firma Grabenstörwerke) Str.; nach Weiblingen (Fa. Weiger & Kemmler) Str.; nach Wigenhausen: nach Zitzau (Phänomenwerke) W.;

von Schleifern nach Erfeld (Firma J. A. Dauhenberg) 2.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wägeleisen) 2.; von Schmiedern (Puf- und Wagen-) nach Hamburg-Altona, St.; von Walzern nach Berlin (Fa. Bergmann, West-Wilhelmsruh) St. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die über- ober Tarifbewegung: A.: Aufsperrung; D.: Differenzen; M.: Maß- regelung; M.: Mischlande; N.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. f. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Ver- hängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen An- lässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich nicht zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Beschlussschlichter des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Einfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Sichtbildervorträge

des Kollegen Seb. Lanterbach aus Stuttgart über: „Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“ finden statt:

- Montag, 1. September in Farnroda b. Nuhla im Gasthaus z. Linde.
- Dienstag, 2. September in Nuhla im Gasthaus zur Ede.
- Mittwoch, 3. September in Eümmerda im Deutschen Kaiser.
- Freitag, 5. September in Staßfurt im Fürstenhof.
- Sonnabend, 6. Septbr. in Riebnurg a. S. im Gasthof zum Erbprinzen.
- Sonntag, 7. September in Zorge i. Harz im Weißen Hof.
- Dienstag, 9. September in Salungen im Felserschen Saale.
- Mittwoch, 10. September in Warchfeld im Schönschen Saale.
- Donnerstag, 11. September in Schweina im Gasthaus zur Krone.
- Sonnabend, 13. September in Wattershausen im Saale z. Löwen.
- Sonntag, 14. September in Urcastel in Faders Restaurant.
- Dienstag, 16. September in Schmallaiben im Bürgerlaale.
- Donnerstag, 18. September in Schleiz im Saale der Wilhelmshöhe.
- Freitag, 19. September in Zeulenroda im Pohlends Lokal.
- Sonnabend, 20. September in Neustadt a. Orla im Badtschloßchen.

Korrespondenzen.

Smaltierere.

Düsseldorf. Die Arbeiter des Smaltierwerks Rhena n. a. U. G., befinden sich nun 17 Wochen im Streik. 170 Personen legten bei Beginn des Streiks die Arbeit nieder, von denen sich 150 in die Streiklisten eintragen ließen. Im Streik befinden sich noch 69 Personen, darunter 11 Arbeiterinnen, die übrigen haben andere Arbeit bekommen oder sind abgereist. Es ist der Firma bisher nicht gelungen, genügend Arbeitswillige zu bekommen. Außer einigen wenigen Exemplaren, die als solche bezeichnet werden können, arbeitet eine Fernerkolonnie in Stärke von etwa 18 Mann, die auch im Werk schläft. Diese besteht durchweg aus Leuten, die das erstemal in einem Smaltierwerk arbeiten. Vor dem Streik wurde mit neun Dufen gearbeitet. Gleich nach Ausbruch des Streiks ließ die Firma sechs Dufen ausgeben, während an drei Dufen mit den Meistern je- weils 2 bis 3 arbeitswilligen Dreimern gearbeitet wurde. So steht die Sache noch heute. Immer noch wartet man an drei Dufen, während die übrigen sechs stillliegen. Die Lager sind leer und die Resten machen verzweifelte Gesichter. Wenn es der Firma trotz- dem möglich war, ihre schroffe Haltung aufrechtzuerhalten, so erklärt sich das aus der Tatsache, daß die Gesellschaft drei Smaltierwerke hat. Die übrigen Werke sind in Schwelm und Rölln. In Düsseldorf wird oder vielmehr wurde beste Ware hergestellt, in Schwelm Stapelware und in Rölln dekorative Geschirre. Wenn also auch die Produktion spezialisiert ist, so konnte die Firma doch in Schwelm und Rölln zum Teil Streikarbeit herstellen lassen. Immerhin ist der Schaden, den der Streik verursacht, für die Gesellschaft sehr beträch- tlich. Es arbeiten im Düsseldorfer Werk einschließlic der Verber- kolonne momentan etwa 120 Personen gegen 320 vor dem Streik. Gelernt wird aber fast nichts. Der einzige brauchbare Arbeiter schneidet sich vor kurzen drei Finger ab. Der Direktor Herrner glaubt, daß er durch den Streik die Organisation vernichten kann. Er hat einen gelben Verein gegründet und hofft, nach Beendigung des Streiks jöhden und walden zu können, ohne auf die Arbeiter Rück- sicht nehmen zu müssen. Er wird sich auf alle Fälle täuschen. Es ist mehr als nach, wenn er glaubt, tüchtig i bis 1,50 M. weniger zahlen zu können als die anderen beiden Smaltierwerke am Orte. In Lanter, jenseit früheren Wirkungsstätte, hatte er eine zum großen Teil an die Scholle gefallene Arbeiterchaft, die sich alles gefallen ließ. In Düsseldorf wird vor fast ein Jahr großer Beschäft unter der Arbeiterchaft. Das war schon früher bei halbwegs erträglichen Lohnverhältnissen der Fall. Es wird in noch größerem Umfang der Fall sein, wenn Herr S. die Löhne reduziert hat. Er bietet sogar während des Streiks den Arbeitwilligen 1 M. pro Tag weniger als den alten Arbeitern. Aber nicht allein das, Herr Herrner will von den Streikenden verlangen, daß sie aus dem Verband austreten und sich dem gelben Verein anschließen. Wenn Herr S. darauf be- stehen bleibt und einen schlichten Frieden ablehnt, wird er das Werk ruinieren, denn kein Mann von den Streikenden wird unter solchen Bedingungen wieder in den Betrieb gehen. Was Herr Herrner will, ist etwas Ähnliches wie Sklaverei und darauf werden sich die Arbeiter nie einlassen. Ein großer Teil der besten Leute sind fort. Die anderen werden auf gar keinen Fall zu Frenge kriechen. Wenn es Herr S. was ausgleichendes erfordern, wirklich gelingen sollte, den Betrieb voll neuer Leute zu bekommen, dann wird er unter einem starken Beschäft zu leiden haben und den Betrieb nie wieder auf die alte Höhe bringen. Vor allen Dingen wird es notwendig sein, den Zugang fernzuhalten. Es kommen immer wieder Arbeiter, meistens aus weiten Entfernungen, zugereist, die dann mit erheblichen Kosten wieder abgeschoben werden müssen.

Formen.

Chemnitz. Arbeitswillige sucht die Eisengießerei und Maschinenfabrik von Saritz, Aktiengesellschaft in Lichtenberg bei Berlin, in der hiesigen bürgerlichen Presse. Vor allen Dingen braucht die Firma Formen, und einzigen Kollegen, die sich auf Grund der Forderung an das Geschäft wandten, wurde ein Tageslohn von 8 bis 9 M. in Abrede in Aussicht gestellt. Bedingungen müße oder sein, daß sie nicht dem Deutschen Metall- arbeiter-Verband angehören. Am 15. August erhielten einige Formen- sehendes Schreiben durch die Post zugesandt: „Unser Vertreter ist in den nächsten Tagen dort geschäftlich anwesend und wollen Sie sich jeweils Einstellung als Formen am Sonnabend und Sonntag den 16. und 17. August 1913 im Saalhaus zur Linde am Hauptplatz 1 in Chemnitz? und 3 Uhr Sonnabend, oder Sonntag vormittag ein- finden.“ Einige Kollegen, die sich nach der Linde begeben hatten, trafen dort einen Herrn, der sich Döberitz nannte und aus- geschick als Stellvertreter angeheißt ist. Er sagte, bei seiner Firma seien die Lohnsätze höher als bei den Metallarbei- tern. Wenn die Arbeiter nicht einverstanden waren, die Formen- sehenden, die Firma habe es vor den Meistern darzutun lassen, die Arbeiter aber hätten erklärt: „Ach was, wir machen's, aber nicht länger.“ Die Firma habe darauf ihre Leute entlassen und keine neuen mehr einstellen, von den alten keine mehr und auch keine, sonst ginge die Geschichte wieder von vorne los. Der Vertreter

sagte trocken: „Hier geht's um die Wurst; entweder so oder so platte.“ Als ihm die Frage vorgelegt wurde, ob seine Firma sich schon wegen Verhandlungen an den Metallarbeiter-Verband gewandt habe, erzählte der Herr, daß sie dieses nicht könnten, denn Cohen habe jede Verhandlung abgelehnt. Er gab weiter noch zum besten, daß ein 18jähriger Fernmacher 35 M. die Woche verdient habe. Das sei doch für den Bengel zuviel und sei doch nicht richtig. Die Formen fragten diesen Mann, welchen Stundenlohn er für Formen garantieren könne, worauf er angab: 60 bis 70 M. Es wurde ihm bezeugt, daß man dafür noch nicht erst nötig habe, nach Berlin zu gehen, denn der Lohn sei doch höchlich kein hoher zu nennen. Fahr- geld mußte er nach vier Wochen zurückzahlen, Umzugsgeld 50 M. nach sechs Monaten. Zu einem Möbelkäufer sagte der Mann, ehe er solche einstelle, müße er erst Formen haben, obwohl er zuvor renommierter, daß er schon 50 bis 60 Mann angeworben hätte. Die Leute, für die er die Sache bezahlte, versprochen, am Sonntag früh wiederzukommen, als einer von diesen in der zwölften Stunde nach- sah, packte der Herr Statulator seine Sachen und reiste ab nach Leipzig, ohne daß es ihm gelungen war, Streikbrecher zu werden.

Düsseldorf. Ueber den Betrieb der Firma S. istig wurde die Sperrverhängt. Es handelt sich um einen von den Vertrieben, wo ein riesiger Wechsel besteht. Es geht hinein und heraus. Auch in letzter Zeit war wieder Veranlassung zu Klagen vorhanden. Die Löhne wurden gedrückt, so daß es manchem Kollegen nicht mehr möglich war, einen den drücklichen Verhältnissen entsprechen- den Verdienst zu erzielen. Als die Arbeiter eine Kommission wählten, um mit Herrn S. istig zu verhandeln, wurde diese gar nicht empfangen. Das konnten sich die Arbeiter, die gut organisiert sind, nicht gefallen lassen und es wurde beschloffen, den Betrieb zu sperren. Zugang ist fernzuhalten.

Kottbus. Bei der Firma G. Knackstedt, Inhaber Otto Liebrecht, Eisengießerei und Maschinenfabrik, bestehen zurzeit noch Differenzen wegen Maßregelung des Vertrauensmannes. Die Firma hatte versprochen, den Vertrauensmann wieder einzustellen, bevor betriebsfremde Arbeiter eingestellt werden. Dieses Versprechen hat die Firma nicht gehalten. Die Formen werden ersucht, den oben- genannten Betrieb bis auf weiteres zu meiden.

Gelbgießer und Gürtler.

Wainz. Sämtliche Arbeiter der hiesigen Firmen der Be- leuchtungsbranche, hauptsächlich Gürtler und verwandte Berufe, sind seit dem 23. August ausgesperrt. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter ihren aus dem Jahre 1907 flammenden Tarif- vertrag kündigten. Die Fabrikanten verweigerten zuerst jedes Zu- geständnis. Im Verlauf der gestrichelten Verhandlungen wurden einige Zugeständnisse gemacht, die jedoch nicht ausreichten, um damit, wie verlangt, eine verbindende Abmachung von drei Jahren Dauer ein- gehen zu können. Bemerkenswert sei, daß bei der Beleuchtungsfirma Gas- apparat- und Gußwerk auch die Eisenformer ausgesperrt sind. Zugang ist streng fernzuhalten.

Heizungsmonteur.

Siebter Bezirk. Die Bewegung der Heizungsmonteur in Rheinland und Westfalen ist mit Erfolg für die Arbeiter erledigt und ein Tarifvertrag abgeschlossen worden.

Installateure.

Posen. Die hiesigen Installateure hatten bereits 1907 durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Tisch- und Drechsler- Gewerksverein einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bis 1909 Gültig- keit hatte. Die Verbesserung dieses Vertrages wurde unglücklicher- weise halber hinausgeschoben, bis im Jahre 1912 die In- stallateure zu der Ueberzeugung kamen, daß die Dinge nicht so weiter- gehen können. Es wurden vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene Branchenversammlungen bereits im August und Oktober 1912 abgehalten. In diesen Versammlungen wurde die Notwendig- keit der Kündigung des alten Vertrages anerkannt und die Organi- sation mit den Vorarbeiten zu einem neuen Tarifvertrag beauftragt. Die Kündigung ist dann auch durch den Metallarbeiter-Verband zu- gleich im Namen des Gewerksvereins als Mitunterzeichner des alten Vertrags erfolgt und die neuen Vorschläge sind eingereicht worden. Als die Unternehmer ungenügende Zugeständnisse machten, traten die Kollegen am 7. Juli dieses Jahres schließlich in den Streik. Streikwillig waren 76 Mitglieder unseres Verbandes und 8 Ge- werksvereiner. Ferner schlossen sich etwa 20 Mitglieder des Wie- senhalschen Verbandes der Bewegung an. Zu quier Zeit kam auch ein Vertreter der Polnischen Berufsvereini- gung und behauptete, daß ebenfalls Mitglieder dieser Organisation be- teiligt seien. Die Wiesenhalsen erhielten von ihrem Verbands- keine Unterstützung, weil sie dessen Status verkehrt haben sollten. Num- mer gläubten die Polen, im trüben Wasser zu können. In der am 15. Juli erschienenen Nummer ihres Blattes Oredownik erörtert eine Note, die in demselben Ueberzeugung folgenmaßen lautet: „Wie bekannt, sind vorige Woche 100 Posener Installateure in den Streik getreten. Sie verlangten Erhöhung der Löhne. Die Streikenden waren organisiert in drei Verbänden, im Polnischen Berufsverband, Zentralverband und Wiesenhalsen Verband. Als der Streik schon ausgebrochen war, fanden die sozialistischen Verbände einen Helfer, daß sie auf den Streik nicht eingehen, weil die Mit- glieder ihn selbständig hervorgerufen hätten, obwohl der Streik seit langem vorbereitet war. Der Polnische Berufsverband übernahm die Verantwortung die Streikenden und die Verhandlungen wur- den glücklich zu Ende geführt. ... Meinungs alle Mitglieder des sozia- listischen Verbandes, als sie sehen, wie man mit den Polen während des letzten Streiks umging, haben sich der Polnischen Berufsvereini- gung angeschlossen, welche auch die Unterstützung der Unterstützung übernahm. Der letzte Streik hat wieder zur Evidenz gezeigt, daß es den Sozialisten nur um die Einküfferung der Beiträge geht, nicht aber um die eigentliche Verbesserung der Lage der Mitglieder. Davon haben wir vor einigen Jahren die Posener Schneider überzeugt und in voriger Woche die Installateure.“ — In dieser Darstellung ist so ziemlich jeder Satz ein Schwindel. Zunächst hat sich die Polnische Berufsvereini- gung an den Vorarbeiten in keiner Weise beteiligt und wie viele von seinen Mitgliedern ursprünglich dabei in Frage kamen, kann man jeder selbst ausrechnen, wenn er in Betracht zieht, daß das polnische Blatt von 100 Streikenden spricht und damit untrübe obigen Angaben vergleicht. Eine fauchide Unwahrheit ist es, und dies kann jeder Installateur in Posen bezeugen, daß die sozialistischen Verbände den Streik nicht anerkannt hätten. Mit den sozialistischen Verbänden kamen doch nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband und der Wiesenhalsen Verband gemeint sein. Diese beiden Organi- sationen in einer Löhne zu werfen, ist ein Tarifverstoßverstoß. Der Streikwillige Verband ist gegen den Metallarbeiter-Verband ge- gründet worden. Allerdings hat die Leitung des Wiesenhalsen Ver- bandes ihren Mitgliedern die Streikunterstützung verweigert. Daß diese Kollegen nichts bekommen würden, war nach der neuesten Ent- wicklung ihres Verbandes voranzusetzen und ihnen auch bereits im März dieses Jahres gesagt worden. Der Deutsche Metallarbeiter- Verband hat aber seine Mitglieder vom ersten Tage des Streiks an patiensmäßig unterstützt und die polnische Berufsvereini- gung hat in Wirklichkeit nur einige Mitglieder des Wiesenhalsen Verbandes übernommen. Auffallend ist auch, daß in der zitierten Erklärung des Oredownik erst von den sozialistischen Ver- bänden die Rede ist und nachher nur mehr von sozialistischen Verbands. Damit soll wohl der Wiesenhalsen Verband von der Falschheit der Darstellung und die Verächtlichkeit der Organisation aus der Mitglieder nur noch den Deutschen Metallarbeiter-Verband nennen. Das ist der Gipfel der Verdrängung! Denn die Ver- handlungen über den Tarifvertrag der Installateure in einem all- lichen Ende geführt werden sind, so ist die Leitung der polnischen Berufsvereini- gung daran schuldig, denn deren Vertreter hat auch bei den Verhandlungen die Arbeit vollständig der Kommissar- schäften und des Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes und des Gewerksvereins überlassen. Die polnische Berufsvereini- gung hat sich am die Lage der Installateure

nicht gekümmert, sie hat sich an den Vorarbeiten zur Bewegung nicht beteiligt, und nachdem sie trotzdem zu den Verhandlungen ge- lassen und ihr gestattete wurde, den neuen Vertrag mitzuziehen- zeichnen, bewirkt sie die hauptbeteiligten Organisationen mit Schmutz. Wenn von jener Seite gesagt wird, daß es den freien Verbänden nur um die Einküfferung der Beiträge und nicht um die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu tun ist, so werden die Posener Ar- beiter und besonders die Posener Installateure wissen, wie sie eine solche Verleumdung einzuschäken haben. Der Deutsche Metallarbeiter- Verband und alle auf dem Boden der Zentralverbände stehenden Organisationen haben zur Verbesserung der Lage der Arbeiter schon zu einer Zeit Kämpfe geführt, als an die Gewerkschaftszersplitter- von der polnischen Berufsvereini- gung noch nicht zu denken war. Mit welchen Mitteln diese Herrn ihre Unfähigkeit in der Vertretung der Arbeiterinteressen zu verdecken suchen, haben wir oben gezeigt. Allen Posener Arbeitern, die sich nicht mit schuldig machen wollen an diesen Verleumdungen und Verdrängungen, allen Unterdrückten und Aus- gebeuteten, die ernsthaft bestrebt sind, Hand in Hand mit ihren Ar- beitsbrüdern für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten, rufen wir zu: Tretet ein in die freien Organisationen! Tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Klempner.

Wlrgingen. Eine recht eigentümliche Kenntnis von der Ge- werbeordnung scheint der Klempnermeister J. M. ermann zu haben. Hatte da ein Kollege gekündigt und daraufhin wollte der Meister demselben den fälligen Wochenlohn nicht eher ausbezahlen, bis die Kündigung vorbel sei. Allerdings mußte er sich eines Beseren belehren lassen. Es besteht überhaupt nicht die besten Ver- hältnisse in der Bude. Die Arbeitszeit ist von 6 bis 7 Uhr und die Behandlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Kollegen werden gut tun, auf etwaige Arbeitsangebote nicht hereinzufragen und die Bude zu meiden.

Metallarbeiter.

Braunburg a. S. In unserer letzten Mitgliederversamml- ung erstattete der Kollege Kaulsch (Wittenberge) Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung in Berlin. In eingehender Weise schilderte er den Verlauf der Verhandlungen und erklärte zum Schluß, daß die vom Verbandstag angenommene Reso- lution das Richtige getroffen hätte, um alles, wenn der gute Wille vorhanden sei, wieder in glatte Bahnen zu lenken. Anders dachten die Diskussionsredner. Mit Recht wurde betont, daß die ange- nommene Resolution jegliche Konsequenz vermissen, wenn man erst verurteile und am Schluß die Beurteilung durch die Zustimmung der Streikunterstützung aufhebe, so sei dieses unbegreiflich. Durch die Annahme der Resolution sei ausgesprochen, daß die Nach- ahmung der Kollegen von den Werkorten zu empfehlen sei. Gegen nur wenige Stimmen wurde folgende Reso- lution angenommen: Die Versammlung behaupte, daß durch den Beschluß, die Streik- unterstützung zu bezahlen, eine Forderung der Disziplin herbeigeführt werden kann, um so mehr, als selbst nach Ansicht der General- versammlung für die Metallarbeiterchaft Vorteile aus dem Werk- arbeiterstreik nicht mehr entspringen können. Die Versammelten be- pflichten sich, nach wie vor für die Ausbreitung des Deutschen Metall- arbeiter-Verbandes zu sorgen und auf die Hochhaltung der Disziplin nach wie vor bedacht zu sein.

Chemnitz. Am 11. August tagte im Volkshaus die ordentliche Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle. Aus dem Bericht, den der Bevollmächtigte gab, ist zu entnehmen, daß im zweiten Quartal zwei Angriffsbewegungen durchgeführt worden sind. In einem Fall wurde für 25 Arbeiter eine Vereinbarung abgeschlossen, wodurch eine Arbeitszeitverkürzung von 3/4 Stunden die Woche ein- getreten ist. Desgleichen ist der Lohnausgleich gehandelt und ein Mindestlohn festgelegt worden. Im anderen Fall erreichten 65 Ar- beiter 3 Stunden Arbeitszeitverkürzung, Lohnausgleich sowie Fest- setzung eines Mindestlohnes. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 33 1/2 Prozent vereinbart worden. Auch sind Bestimmungen festgelegt worden, wodurch die Akkorarbeit, sowie die Lohnzahlung geregelt ist. Abwehrstreiks haben im zweiten Quartal drei stattgefunden. In einem Betrieb mit 40 Arbeitern wurde durch den zweitägigen Streik eine angebotene Akkordpreiserhöhung für 6 Beschäftigte zurückgewiesen. Sechs Arbeiter einer Düsseldorfer Firma, die hier eine größere Montage auszuführen hatte, standen zwei Tage aus, um einer Verschlechterung des Akkord- tarifs in Düsseldorf vorzubeugen. 115 Arbeiter einer Fabrik in Reichenbrand führten einen zehntägigen Streik, weil ihnen Abzüge für zerbrochene Werkzeuge gemacht werden sollten, was durch den Streik zurückgewiesen ist. 207 Arbeiter einer Schraubenfabrik nahmen Stellung gegen eine Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit, weil die Firma Frühstücks- und Vesperpausen einführen wollte. Die Ar- beitszeit von 65 Stunden ist beibehalten worden und der Zuschlag für Ueberstunden wird jetzt auch an die Akkorarbeiter gezahlt, wo- von 117 Kollegen einen Vorteil haben. — 13 Durchschiefer einer Nadel- fabrik verlangten eine Erhöhung der Akkordpreise, weil die Nadeln immer mehr auf Automaten hergestellt werden und dem einzelnen hierdurch ein Lohnausfall von 2/3 bis 4 M. in der Woche entstand. Sie erreichten eine Aufbesserung der Akkordpreise, wodurch auf jeden Arbeiter ein Mehrverdienst im Durchschnitt von 1,30 M. entfällt. — In einer Maschinenfabrik sollten 8 Fräser einen Teil ihres Lohnes hergeben, um den ihnen betagene Hilfsarbeiter zu bezahlen. Dieses wurde zurückgewiesen und der Arbeiter erhielt seinen Lohn nach wie vor von der Fabrik. — 13 Hoblern einer großen Ma- schinenfabrik wurde der Preis für eine Arbeit von 14 auf 10 M. herabgesetzt, durch Verhandlung wieder auf 11 M. erhöht, womit die Kollegen sich zufrieden gaben. 10 Arbeiter erreichten durch Verhand- lung eine Erhöhung der Akkordpreise, was ein Mehrverdienst von 1,30 M. pro Woche ist. — Die Arbeitsvermittlung zeigt einen Alld- gang der Konjunktur. Denn 232 Kollegen meldeten sich, die mit der Arbeit aussetzen mußten; gegen 185 im ersten Quartal. Es meldeten sich 1216 Arbeitslose und waren 364 offene Stellen ge- meldet, wovon 202 besetzt wurden. Die Mitgliederzahl stieg um 134, von 18 967 auf 19 001. — Vom internationalen Metall- arbeiterkongress berichtete der Bevollmächtigte, ebenfalls über die außerordentliche Generalversammlung. Er wies darauf hin, daß dieser Verbandstag lediglich infolge des Werkarbeiterstreiks einberufen sei. Ein Antrag, den § 36 des Verbandsstatuts zu ändern, konnte nicht angenommen werden, weil dieses den Bestimmungen in § 36, Absatz 2 und § 37, Absatz 3 und 4 entgegensteht. Die Chemnitzer Delegierten hätten demzufolge auch gegen den von den Mannheimer Delegierten ge- stellten Antrag gestimmt. Die Generalversammlung mußte nun mit der Möglichkeit rechnen, daß, wenn der Streik anerkannt wird, die allgemeine Aussperrung folgen würde und dann die Schuld die Ar- beiterchaft trüge. Wären die Arbeiter der Werkorte nicht entgegen- den statutarischen Bestimmungen zum Streik geschritten, und wäre es dann zur Arbeitsniederlegung und weiter zur allgemeinen Aus- sperrung gekommen, so hätte die Schuld die Unternehmer getroffen. Angesichts dieses, und weil auch die Wirtschaftslage im Binnenlande keine günstige ist, stimmten die Chemnitzer Delegierten gegen die An- erkennung des Streiks. Sie haben demzufolge gemeinsam für die Resolution § 36 votiert, worin gesagt wird, der Vorstand habe pflicht- gemäß nicht anders handeln können und worin weiter verlangt wird, die Werkarbeiter sollen die Arbeit aufnehmen und der Vorstand solle neue Verhandlungen anbahnen. Die Werkarbeiter sollen in diesem Fall Streikunterstützung vom Tag der Arbeitsniederlegung an erhalten. Deswegen auch weiterhin die Streitigen, die nicht gleich wieder eingestellt werden. Der Referent sagte, durch Annahme dieser Reso- lution ist den Metallarbeitern ein ardueres Entgegenkommen gezeigt worden, als es nach dem Statut üblich ist, denn würde Streik wer- den allgemein nicht unterstellt. Der Bericht des Kollegen Krause wurde noch ergänzt durch die Ausführungen des Kollegen Donath. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und der Vorlesende dieser Generalversammlung stellte fest, daß die Generalversammlungsvertreter mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Verbandstage einber-

Handen sein. — Es fanden noch zwei Anträge vom Bezirk...

Döbeln. In Nummer 23 der Metallarbeiter-Zeitung ist unter...

Frankenbergs (Sachsen). Die Hilfsarbeiter der Firma Dippmann...

Goslar a. Harz. Schon wiederholt haben wir uns in der...

Kaufleute. In der Waffens- und Munitionsfabrik...

worden war, also nicht mehr Untergebener des Privatklägers...

Solingen. (Nach und Krife.) Schon seit Monaten...

Freudenbergs (Ru. Siegen). Die Aluminiumwerke G. m. b. H.

Rundschau. Arbeitslosigkeit und Maßnahmen dagegen. Die Arbeitslosigkeit macht sich in steigendem Grade bemerkbar...

